

Minister der Pannen

Andreas Scheuer: „Schmieröl im Kopf“, FR-Meinung vom 7. Juli

Gerade hat unser Bundesverkehrsminister die neue Straßenverkehrsordnung eingebracht, und schon steht fest, dass sie handwerkliche Fehler enthält. War da etwas anderes zu erwarten? Bei diesem Pannenminister wohl kaum. Er wird als einer der teuersten Versager als Minister in die Geschichte eingehen.

Und jetzt, weil er sich wohl vertan hatte, sollen die vorgesehenen Strafen wieder reduziert werden! Das mag für Falschparken etc. ja okay sein, aber gerade bei den Strafen für Raser sollte es das nicht sein! Jeden Tag werden Rennen gefahren, Menschen werden verletzt oder sterben. Warum sollen die Strafen reduziert werden? Was zählt ein Menschenleben?

Bei Geschwindigkeitsübertretungen bin ich dafür, erst beim zweiten Mal den Führerschein zu entziehen. Dann hat man nicht verstanden, dass es Regeln gibt. Albert Henkel, Wehrheim

Völlig unverhältnismäßig

Die Verschärfung des Bußgeldkataloges wird von vielen Juristen als unverhältnismäßig betrachtet. Es kann jedem mal passieren, dass er ein Geschwindigkeitsschild übersieht, ohne Raser zu sein. Das ist meiner Tochter auch schon passiert, und sie fährt völlig defensiv. Ein generelles Fahrverbot für Motorradfahrer ist völlig unverhältnismäßig und kommt einer Enteignung gleich. Beide Vorschläge kommen von den Länderregierungen. Ich rege eine Diskussion an, ob Politiker nicht eine gewisse Bildung nachweisen müssen, um ihre Funktion zu übernehmen. Andreas Steul, Nidderau

Nicht genug für die Rente

Mindestlohn: „In vier Schritten auf 10,45 Euro“, FR-Wirtschaft vom 1. Juli

Die von der Mindestlohn-Kommission vorgeschlagene Erhöhung des Mindestlohns (mit schrittweisen Steigerungen im niedrigen Centbereich) ist einfach nur lächerlich und beschämend. Man muss bedenken, dass ein betroffener Arbeitnehmer mit diesem Stundenlohn ein monatliches Entgelt von brutto 1703,35 Euro (bei einer 35-Stunden-Woche) bzw. 1807,85 Euro (bei 40 Stunden) erhalten würde. Wohlgermerkt erst ab dem 1.7.2022! Davon kann man kaum heute und erst recht nicht im Jahr 2022 ohne staatliche Unterstützung leben bzw. eine Familie ernähren! Eine ausreichende Rente ist damit auch nicht zu erwarten!! Der Mindestlohn muss mindestens auf zwölf Euro steigen – und das sofort und nicht erst im Jahr 2022! Horst N. Kломann, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/mindestlohn-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200713
Eine Übersicht über alle Themen des FR-Blogs gibt es hier: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“. Die Ausgabe des Mode-Podcasts ist abrufbar auf fashionunited.de modcast.podigee.io

Andreas Schwarzkopf spricht mit Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) über „Sündenböcke und Verschwörungstheorien: Spaltet Corona die Gesellschaft?“ Verfolgen Sie das Gespräch von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK und FR per Livestream auf Youtube und diskutieren Sie mit.

Dienstag, 28. Juli, 19 Uhr
boell-hessen.de/YouTube

Verschwurbelt antidiskriminierend

„Rasse“-Begriff im Grundgesetz: „Wie Sprache der Ausgrenzung dient“, FR-Tagesthema vom 7. Juli

Der Begriff „Rasse“ ist schändlich

So viel Hochachtung und Wertschätzung ich dem Werk der Verfassungsmütter und -väter gegenüber sonst empfunden habe, so sehr hat mich schon immer dieser Begriff „Rasse“ gestört. Man schaue einmal in die schulischen Lehrwerke aus der Zeit zwischen 1933 und 1945, so wie ich noch eines von meinem Großvater besitze, und es schaudert einen, was man jungen Menschen da an völkisch-rassistisch-nationalistischem Denken vermittelt hat. Es braucht diesen Begriff nicht, und er braucht auch nicht durch irgendetwas Verschwurbeltes wie „ethnische Herkunft“ ersetzt zu werden, was doch wieder nur Camouflage für das ist, was „Rasse“ meint.

Was ist so schwer daran, sich von diesem Begriff und seinem Inhalt ein für allemal zu verabschieden? Warum soll es „Symbolpolitik“ sein, wie vorgeblich christliche Politiker meinen, ihn abzuschaffen? Hätten sie ihr Christentum verstanden, wüssten sie, dass vor ihrem (und jedem anderen) Gott alle Menschen gleich sind. Und halten sich nicht gerade Politiker dieser Couleur sonst so gerne an Symbolen fest,

an Fahnen, Orden, Hymnen? Bedeutet die dann auch nichts?

Der Begriff „Rasse“ ist schändlich, ihn verteidigen zu wollen, ob nun semantisch oder historisierend – über die Motive der Verfassungsschreiber spekulierend – ist fragwürdig. Wer ihn verteidigt, muss sich fragen lassen, was seine wirklichen Motive sind. Da ist er eben doch, jener latente Rassismus in unserer Gesellschaft, den niemand wahrhaben will, am wenigsten an sich selbst. Menschen sind Menschen, nichts anderes! Dass das auch in unserer freiheitlichen Verfassung festgehalten wird, das sollte sie uns wert sein!

Stephan Steinhoff, Bonn

Ist nicht jede Form von Diskriminierung gemeint?

In meinen Augen wird diese wichtige Debatte viel zu kurz gefasst, auch durch Betroffene. Es leuchtet mir nicht ein, warum Themen wie Rassismus, Antisemitismus etc separat betrachtet werden. Ist nicht jede Form von Diskriminierung oder Ausgrenzung gemeint? Diese Trennung schafft nur neue Grenzen und neue Ab- und Ausgrenzung. Schon die Tatsache, dass die verschiedenen Organisationen

Schwierigkeiten haben, sich zu vernetzen und gegenseitig als gleichwertig anzuerkennen, spricht für einen halbherzigen Umgang mit dem Thema. Auch wenn verschiedene Erscheinungsformen von Ausgrenzung erlebt werden sollten diese nicht gegeneinander gewichtet oder gewertet werden. Da liegt noch ein langer Weg vor uns, bis wir einander als gleichwertig anerkennen. Brigitte Heinzmann, Frankfurt

Und wenn man „Rasse“ durch „Aussehen“ ersetzt?

Könnten im schönen Artikel 3 des Grundgesetzes „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“ die Wörter „seiner Rasse“ nicht durch „sein Aussehen“ ersetzt werden? Dadurch würde an die Stelle einer unzutreffenden Kategorisierung – „Rasse“ – die dabei benutzten Anzeichen – das Aussehen – treten und selbst ohne Diskriminierung benannt werden. Jürgen Böning, Hamburg

Diskussion: frblog.de/rasse

Was mir ein Leben lang auf dem Herzen lag

Sexualverbrechen: „Klassenlose Gewalt“, FR-Meinung vom 6. Juli

Systemkritische Analysen

Für den klarsichtigen, deutlichen Leitartikel von Bascha Mika bedanke ich mich. Mehr ist zu den systemimmanenten Abhängigkeitsverhältnissen bzw. den einseitig männlicherseits definierten Verfügbarkeiten nicht zu sagen. Natürlich drängt sich sofort in Analogie dazu die Überlegenheit der Weißen („white supremacy“) als eine ebenso von Männern geprägte Ideologie auf. Diese Phänomene lassen sich unter dem Begriff des „Kolonialismus“ subsumieren (erfreulich der Bericht über die Aufarbeitung der deutschen kolonialen Vergangenheit im Regionalteil). Hoffnung auf Veränderung? Danke für die immer wieder von

Bascha Mika und anderen JournalistInnen der FR ausgesprochenen systemkritischen Analysen. Rotraut Lommel, Frankfurt

Die Opfer sind die eigenen Kinder

Endlich konnte ich heute in der FR lesen, was mir fast ein Leben lang auf meinem Herzen lag. Bascha Mika, Sie haben es richtig erkannt und nun auch den Mut gehabt, es so klar zu schreiben.

Ich musste 80 Jahre werden, um endlich diesen Tatbestand der klassenlosen Gewalt aufgedeckt zu sehen. Durch die Corona-Pandemie ist es wohl so deutlich ans Tageslicht gekommen, dass man es nicht mehr leugnen kann: Die Sexualität ist ein großes Problem der Männerwelt in

allen Schichten. Man stelle es in unserer Gesellschaft immer als Kavaliärsdelikt hin. Ich kann es nicht fassen, dass man es in der heutigen „aufgeklärten“ Zeit immer noch einfach so hinnimmt. Es ist halt so. Die Opfer sollen sich nicht so anstellen. Wie oft habe ich das gehört!

Die Opfer sind die eigenen Kinder und andere und auch die Ehefrauen. Nicht zu sprechen von der Kriegsbeute als Belohnung für die „tapferen“ Soldaten. Nein, was kann man noch tun, dass Vergewaltigung und Missbrauch zur schlimmsten Strafe in allen Ländern ausgerufen werden? Wenn man an die vielen Kinder denkt, die in dieser Pandemie-Krise Missbrauch ertragen mussten und müssen. Adelheid Dahmen, Friedrichsdorf

Gefahr für das demokratische Staatswesen

Zu: „Wissler mit Tag X gedroht“, FR-Regional vom 4. Juli, und „Rechte Spur führt zu Polizei“, FR-Regional vom 9. Juli

Die FR und Pitt von Bebenburg haben ein in der Tat gravierendes Problem ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Es ist der skandalöse Vorgang, dass offenbar größere Teile der hessischen Polizei in rechtsextremistische Strukturen eingebunden sind, die mit Drohungen unter dem Terrorabsender „NSU 2.0“ ihren Ausdruck finden. Die Vorgänge in Hessen und anderen Bundesländern beweisen, dass es starke Kräfte bei der Polizei gibt, die aus ihrer rechtsextremistischen

Gesinnung keinen Hehl machen und eine Gefahr für das demokratische Staatswesen darstellen. Der Rechtsextremismus ist weit aus stärker ausgeprägt, als der hessische Innenminister Beuth (CDU) und Bundesinnenminister Seehofer (CSU) wahrhaben wollen. Der Skandal wurde just öffentlich, als der Bundesinnenminister sich erneut weigerte, eine Studie über „Racial Profiling“ erstellen zu lassen.

Es sind alles Lippenbekenntnisse, die von vielen Innenpoliti-

kern von CSU und CDU abgeben werden. Die verantwortlichen Minister der Union müssen den Nachweis erbringen, dass ihre großen Bekenntnisse für Demokratie und gegen die Rechtsradikalen ernst gemeint sind. Solange jedenfalls in der Polizei rechtsradikale Strukturen blühen, erinnert vieles an das durch die Rechten beförderte Ende der Weimarer Republik. Manfred Kirsch, Neuwied

Diskussion: frblog.de/polizei-rechts